

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger:
Rieser
Rieser Nr. 20.
Verlag Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Stoßthal, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postfachnummer
Dresden 1558
Stadtkasse
Rieser Nr. 22.

Nr. 216.

Freitag, 14. September 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Sonntagspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Jahres sind die Preise von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Höhe und Materialpreise befreit. Wir sind bereit, die Preise für die Nummer der Anzeigen zu berechnen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20. Seite des Tagesblattes (8 Spalten) 25 Gold-Pfennige; bis 50 vom letzten Absatzpreis 100 Gold-Pfennige; darüber und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, feste Tarife. Bezahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Schillinge unterhaltungsbelegte. Empfänger an der Presse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retention und Verlag: Jäger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 20. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Göttsch, Rieser.

Endabrechnung.

Von unserem Berliner Vertreter.

Schon seit den Zeiten der Ratifikation des Dawes-Abkommens hat man deutschseits das Ziel verfolgt, von Frankreich und den anderen Siegerstaaten die Gesamtsumme der Leistungen zu erfahren, die Deutschland diesen auf Grund der Liquidationsabrechnung des Weltkrieges schuldet. Alle Mühe, die man zu diesem Zweck aufwandte, war jedoch bisher vergeblich. Immer blieb es auf der Gegenseite, man wolle erst abwarten und zusehen, ob Deutschland überhaupt seinen guten Willen zu zeigen beabsichtigt sei. In deutschen Regierungskreisen hatte man schließlich schon fast alle Hoffnung aufgegeben, in absehbarer Zeit hier zu einem einschlägigen Resultat zu kommen, und man verzichtete nachdrücklich auf jegliche weitere Auseinandersetzung in dieser für Deutschland naturgemäß außerordentlich wichtigen Frage.

Nicht nur, nachdem der deutsche Reichskanzler Hermann Müller in Genf ganz energisch die Räumungsfrage angesprochen und es sich herausgestellt hat, daß Deutschland in dieser Angelegenheit auch den weitläufigsten Teil der ehemaligen Siegerstaaten auf seiner Seite sieht, hört man auf einmal von Briand, dem Vertreter Frankreichs, daß dieses absolut nicht abgeneigt sei, ja im Gegenteil sogar das allergrößte Gewicht darauf lege, mit Deutschland über die Endabrechnung zu verhandeln. Allerdings wolle dieses Frankreich nur im Zusammenhang mit den kommenden Besprechungen über die Räumung der besetzten Rheinlandgebiete tun. Auf diese Voraussetzung will nun aber Deutschland wiederum nicht ohne weiteres eingehen. Man befürchtet in deutschen Regierungskreisen wohl nicht ganz mit Unrecht, daß Briand bei einer gleichzeitigen Besprechung beider Fragen sehr leicht Anlaß finden könnte, durch ein Entgegenkommen Frankreichs in der Räumungsfrage für dieses eine nicht unbedeutende Erhöhung des Saldos bei der Reparations-Endabrechnung herauszufinden.

Man kann der deutschen Regierung wahrlich keinen Vorwurf an dieser Stelle machen, wenn man bedenkt, daß unter den obwaltenden Verhältnissen für Deutschland bei einer gleichzeitigen Verhandlung beider Vermittlungen der gesamten deutschen Außenpolitik doch immerhin stark verschuldeten Reich sehr schwer tragbar sein würden. Schließlich hat man sich nun in Genf dazu entschieden, sowohl die Räumungs- als auch die Liquidationsfrage zu behandeln, aber, worauf es ja im Prinzip für Deutschland ankommt, nicht gleichzeitig, sondern getrennt. Es besteht nun zwar immerhin die Möglichkeit einer Verzögerung dieser Angelegenheiten im Laufe der Verhandlungen. Jedoch falls man, wie man in Berliner Regierungskreisen versichert, hier die feste Absicht hat, sich nicht durch etwaige Verzögerungen im Vordergrunde lassen zu lassen. Da die geplanten Verhandlungen, wie ja nun endgültig feststeht, nicht im Rahmen der Genfer Völkerbundtagung, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt und vermutlich auch an einem anderen Ort stattfinden werden, kann man mit Sicherheit annehmen, daß Deutschland bei diesen Auseinandersetzungen wohl sicherlich durch Stresemann selbst vertreten sein wird. Und daß in diesem Falle die deutsche Sache in guten Händen liegt, und die deutschen Interessen nach Kräften gewahrt werden, steht alsdann wohl außer allem Zweifel.

Jedenfalls hat das deutsche Volk absolut keinen Anlaß, mit den vorläufigen Vereinbarungen, die jetzt in Genf getroffen worden sind, unzufrieden zu sein. Die kommenden Verhandlungen bieten sicherlich die Basis einer in jeder Hinsicht offenen Aussprache. Und wenn die deutsche Regierung sich auf ihrem einmal gefassten Vorhaben besteht, keinerlei Verzögerung der Räumungs- mit der Reparationsfrage zuzulassen, wird sie hiermit durch Stresemann auch sicherlich durchzuführen können. Einmal muß ja schließlich doch über all diese Angelegenheiten gesprochen werden. Und je schneller diese geschieht, umso besser für Deutschland.

Kabinettsrat

nach Rückkehr des Reichskanzlers.

Genf. Da die letzte gemeinsame Aussprache der Vertreter der Vertragsmächte über die Rheinlandräumung erst am Montag in Genf stattfinden wird, kann Reichskanzler Hermann Müller erst Anfang nächster Woche Genf verlassen, um nach Berlin zurückzukehren. Sofort nach seinem Eintreffen in Berlin werden die in der Reichshauptstadt weilenden Minister zu einem Kabinettsrat zusammenzutreten, um den Bericht des Reichskanzlers über das Ergebnis der Genfer Besprechungen anzuhören. Wie wir zuverlässig erfahren, ist neuerdings ein französischer Vorschlag formuliert worden, der noch im Laufe der nächsten zwei Tage in seinen Grundzügen veröffentlicht werden soll. Es handelt sich dabei um die bereits angekündigte Kontrolle im Rheinland, die die Grundlage eines Abkommens zwischen Deutschland und den Vertragsmächten bilden soll.

Die Adresse des Reichspräsidenten.

H. Rosenberg, Reichspräsident von Hindenburg trat um 8.55 abends hier ein und trat nach herzlichem Begrüßung von seinem Gastgeber, Herrn von Hindenburg-Janusch, die Adresse nach Berlin über Marienburg an. Das zahlreiche anwesende Publikum bereitete dem Reichspräsidenten herzliche Abschiedsbegrüßungen und stimmte begeistert das Deutschlandlied an.

Erörterung der Kontrollfrage am Sonntag.

Genf, 14. September. (Tel.) Nach einer heftigen Erörterung der Kontrollfrage am Sonntag die von den Franzosen in die Debatte getragene Sicherheitsfrage besprochen werden. Man werde sich, so meldet der „Norman“, über die Zusammensetzung, den Charakter und die Dauer einer zivilen Kontrollkommission unterhalten, die etwaige Beschwerden zu prüfen und zu schlichten hätte. Davon hängt natürlich noch vieles ab. Deutschland könne natürlich nur eine solche Mission annehmen, die sich im Rahmen des Dezemberabkommens von 1923 halte und die sich mit dem Geiz von Locarno verträglich.

Kommissionsarbeiten in Genf.

Genf, 13. September. In der dritten Kommission des Völkerbundes wurde zur Frage der Schaffung einer Radio-Kommission beim Völkerbundsekretariat die Einsetzung eines Unter Ausschusses beschlossen, der die verschiedenen Vorschläge zur Schaffung der Radio-Kommission prüfen soll. Der Ausschuss setzt sich aus je einem Vertreter Englands, Frankreichs, Polens, der Schweiz und Uruguay zusammen.

In der vierten Kommission kritisierte der norwegische Vertreter Gundersen in scharfer Form die Personalpolitik des Völkerbundsekretariats in den letzten Jahren. Während zuerst das Personal fast ausschließlich internationalen Charakter getragen habe, seien jetzt die meisten Beamten Diplomaten. Die diplomatische Karriere sei jedoch typisch national eingeteilt. Die Regierungen dürften nicht die Auffassung vertreten, daß sie dem Sekretariat die Ernennung der Beamten diktiert hätten. Besonders sei es, daß z. B. die höhere Beamten von Adlats keine Vorschläge aus dem Sekretariat angelehnt seien, weil sie den Charakter gewannen, daß die Sekretariate ihnen keine Karriere mehr bieten. Das Personalreglement des Völkerbundes müsse von Grund auf umgearbeitet werden. Genfische Beamte wären unmittelbar aus dem Dienst ihrer Heimatländer nach Genf gekommen, ohne die geringste Erfahrung in Völkerbundsfragen zu haben. In Norwegen sei bereits von zahlreichen Parlamenten ein Antrag eingebracht worden, das Norwegen aus dem Völkerbund auszuscheiden solle, da die Grundregeln im Völkerbund nicht mehr anrecht erhalten würden.

Generalsekretär Drummond erklärte die Kritik für sehr berechtigt und schloß sich dem holländischen Vorschlag an, monoch das Personalreglement einer grundlegenden Überprüfung unterzogen werden solle.

Maßnahmen der Barter Stelle

über die heutigen Rheinlandbesprechungen.

Paris. (Tel.) Die Blätter beschäftigen sich auch weiterhin eingehend mit den Genfer Rheinlandbesprechungen. Journal de Debat meint, die Besprechungen müssen schwierig gewesen sein, da bereits für heute, wenigstens in großen Zügen, die Festlegung der Räumungsverhandlungen erwartet werden sei.

Der Temps ist der Meinung, die Tatsache, daß eine dritte Zusammenkunft der sechs beschlossen wurde, deutet daraufhin, daß die genfer Unterhaltungen nicht ohne Ergebnis verlaufen sei. Dies wäre sicher der Fall gewesen, wenn die deutsche Abordnung auf ihrem bisherigen Standpunkt verharret hätte. Die Unterhaltungen hätten auf

Dr. Breitfeld über den Tätigkeitsbericht des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes.

Genf. Bei Behandlung des Tätigkeitsberichts des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes legte Wirtschafts- und Handelsminister Dr. Breitfeld den deutschen Standpunkt dar. Die von Rumänien vorgebrachten Bedenken gegen einen einschlägigen Zollabba und die italienische Kritik gegen ein angeblich übertriebenes Eingreifen des Völkerbundes bei Behandlung wirtschaftlicher Fragen lehnte er ab. Unter Betonung des Grundgedahes der Weltwirtschaftskonferenz, die Freiheit des Handels als grundlegende Vorbedingung für die gedeihliche Wirtschaftsentwicklung wiederherzustellen, erinnerte er daran, daß Deutschland mit 16 Staaten Handelsverträge abgeschlossen habe, die sich alle im Sinn einer Herabsetzung der Zölle ausgebreitet hätten, was beim deutsch-französischen Handelsvertrag besonders sichtbar in Erscheinung getreten sei. Er würdigte die grundsätzliche Bedeutung der in diesem Sommer in Genf zustande gekommenen Kollektivverträge und verlangte, daß die Verwirklichung des Zollabbaues überall gefordert werde.

Der Redner trat weiter für mögliche Beschleunigung der Vorarbeiten des Völkerbundes zum Abschluß weiterer Kollektivhandelsverträge für bestimmte Warengruppen ein, damit auf dem Wege zur Freiheit des Handels weitere Leistungen gefunden würden. Durch budgetäre Gründe dürften diese Vorarbeiten auf keinen Fall verzögert werden. Wenn nötig sollte ein Unter Ausschuss sich mit dem Budgetausschuss zur Regelung der Kreditfrage in Verbindung setzen. Eine Verschiebung der vorgeschlagenen Untersuchungen über Aluminium, Halbfertigwaren aus Eisen usw. sowie über den Kohlen- und Zundermarkt wäre sehr bedenklich.

Grundlagen fortgesetzt werden, die eine mehr oder weniger nahe Einigung in Aussicht stellen. In der Besprechung wies das Blatt auf eine interessante Etappe in der Entwicklung der Besprechungen.

Auffallend ist es, daß man in Paris die überraschende Abreise des Unter Ausschusses Oberkirch nach Genf mit dessen Wunsch zu begründen sucht, sich einen Nebenblick über die Arbeitsweise des Völkerbundes verschaffen zu wollen. Da aber gleichzeitig bekannt wird, daß Oberkirch nur 48 Stunden lang von Paris abwesend sein werde, also eine Zeit, die sicher nicht ausreicht, um Einblick in die Völkerbundsmaschinerie zu bekommen, dürfte der Schluss nahe liegen, daß Oberkirch neue Konstruktionen für die französische Delegation nach Genf überbringen soll. Von der Tatsache, daß Briand nach der Teilnahme am Ministerrat voraussichtlich am Sonnabend bereits wieder in Genf sein wird, und daß auch der Reichskanzler keine geplante Abreise versprochen dürfte, glaubt man hier auf einen ausfallsvollen Verlauf der gegenwärtigen Besprechungen schließen zu können.

Englands Standpunkt zur Weiterführung der Abrüstungsarbeiten.

Genf. (Tel.) In Prellen der englischen Delegation wird an der Rede Lord Curzon, in der dieser die Festlegung eines Zeitpunktes für den Zulassungstermin der vorbereitenden Abrüstungskommission ablehnte, darauf hingewiesen, daß nach Auffassung der englischen Regierung eine Weiterführung der Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes erst möglich sei, wenn zwischen den großen Seemächten England, den Vereinigten Staaten, Japan, Italien und Frankreich eine Einigung über die Reichsbewehrung und Waffentypen erzielt worden sei. Die Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskommission sowie die Festlegung des Zeitpunktes für die Weltabrüstungskonferenz wie sie von deutscher und französischer Seite vorgeschlagen worden sei unter den gegenwärtigen Umständen nicht angemessen, da die Arbeiten praktisch nicht weiter geführt werden könnten, solange nicht eine Einigung über die Seerüstung erzielt worden sei.

Die genfer Rheinlandbesprechungen.

Genf. (Tel.) Ueber den Verlauf der genfer zweiten Besprechung zwischen den Völkerbundsmächten und Deutschland berichtet allgemein der Eindruck, daß Lord Curzon bei seinem Vermittlungsversuch mehrfach auf die Ratwendigkeit praktischer Arbeit und praktischer Vorschläge hingewiesen habe. Von deutscher Seite jedenfalls auch in dieser Unterredung keinerlei konkrete Vorschläge gemacht worden sein, vielmehr dürfte der Rangler nach wie vor den deutschen Standpunkt in der Räumungsfrage aufrecht erhalten haben. Auch in der genfer Besprechung ist auf die Erklärung Willsons, Clemenceaus und Lloyd George auf der Versäulter Friedenskonferenz über die Möglichkeiten einer vorläufigen Rheinlandräumung hingewiesen worden. Auf italienischer Seite legt man sich bisher in den Räumungsverhandlungen große Zurückhaltung auf. Die genfer Unterredung soll fast ausschließlich zwischen den Vertretern Deutschlands, Englands und Frankreichs geführt worden sein. In französischen Kreisen erwartet man, daß Briand möglicherweise mit neuen Vorschlägen aus Paris nach Genf zurückkommen werde.

In Bezug auf die eventuelle Einstellung von Aluminium in Deutschland nach Aufhebung des deutschen Einfuhrverbotes erinnerte Breitfeld daran, daß Deutschland keine neuen Zölle erheben wolle und sich wegen Regelung der Zollfrage an die anderen aluminiumproduzierenden Länder gewandt habe. Er hoffe, daß die von England zur Behandlung dieser Frage gegebene Anregung durch die Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes zu einer vernünftigen Lösung führen werde, durch die die Interessen aller beteiligten Länder gewahrt und Deutschland gegenüber seinen Hauptkonkurrenten auf dem Aluminiummarkt nicht benachteiligt würde.

Nach einem Hinweis darauf, daß mit Deutschland bereits eine Liste von Zollpositionen für die Herabsetzung weiterer Zollsätze vereinbart wurde, erklärte er zu der Frage der Aufhebung der Vah-Einfuhrverträge, daß Deutschland bereits mit 16 europäischen Staaten die Abschaffung der Visa vereinbart habe und mit anderen Staaten dazugehörige Verhandlungen pflege. Schließlich verlangte er zur Organisierung des wirtschaftlichen Friedens vom Generalsekretariat genaue Angaben darüber, ob und in welchem Ausmaß die einzelnen Staaten die Vorschläge der Weltwirtschaftskonferenz durchgeführt hätten, da bis jetzt erst 18 Staaten dem Völkerbund-Generalsekretariat schriftlich ihre Stellungnahme mitgeteilt hätten, darunter zehn mit ganz erheblichen Vorbehalten. — Der Vorsitzende Gernon (Frankreich) entwarf ein auf die nächsten fünf Jahre verteiltes Arbeitsprogramm, das den Abschluß weiterer Kollektiv-Handelsverträge und damit die Beseitigung der jetzigen Gegenstände in der Zollpolitik der einzelnen Länder erfordere.